

13. Objektkredit für das Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich

Antrag des Regierungsrates vom 23. Februar 2022 und gleichlautender Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 17. Mai 2022

Vorlage 4811b

Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Die KEVU beantragt Ihnen einstimmig, die Abrechnung des Objektkredits für das Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich zu genehmigen. Normalerweise wäre das eigentlich auch im schriftlichen Verfahren abgewickelt worden, Sie stellen aber fest, dass das nicht so ist, sondern in Kurzdebatte, weil es dazu auch eine grössere Debatte im Kantonsrat gegeben hat, sprich: Umweltschutzmassnahmen in der Landwirtschaft.

Insgesamt sind 5,3 Millionen Franken bewilligt und 3,456 Millionen abgerechnet worden, also eine positive Abweichung von 1,844 Millionen Franken, die nicht gebraucht worden sind. Das sind die Nettozahlen. Da ja auch Bundesbeiträge jeweils in solche Ressourcenprojekte fliessen, war der Umfang der ganzen Übungsanlage eigentlich wesentlich grösser, nämlich bei über 20 Millionen Franken. Das kantonale Ressourcenprojekt, umgesetzt in den Jahren 2012 bis 2017, also schon vor einer Weile, ging auf den Massnahmenplan Luftreinhaltung 2008 zurück. Dieser sah vor, dass unter anderem der Stickstoffverlust in die Luft aus landwirtschaftlichen Quellen um total 17 Prozent zu vermindern sei. Es wurden Massnahmen in den vier Bereichen Hofdünger-Management, Hofdünger-Ausbringung – dies die Hauptmassnahme –, dann Hofdünger-Lagerung und einzelbetriebliche Massnahmen angestrebt. Die Zielerreichung fiel in diesen vier Bereichen unterschiedlich aus. Gesamthaft resultierte eine Senkung von 7 Prozent, also 10 Prozentpunkte weniger.

Folgende Gründe sind gemäss Regierungsrat, Baudirektion und ALN (*Amt für Landschaft und Natur*), welches das Projekt begleitete und umsetzte, vorwiegend verantwortlich für diese Ziellücke. Es wurde weniger Gülle als geplant mit emissionsarmen Techniken ausgebracht, Stichwort: Schleppschläuche. Es wurden weniger bestehende offene Güllengruben abgedeckt und weniger einzelbetriebliche bauliche Projekte umgesetzt als geplant. Und ebenfalls gab es auch noch unterschiedliche Berechnungsarten bezüglich der Projektziele am Anfang und eben am Ende.

Die Kommission ist abschliessend zum Schluss gekommen, dass vieles gemacht und realisiert worden ist, dass aber die Umsetzung im Einzelfall komplizierter war als gedacht. Zwischenzeitlich sind die Baubewilligungsverfahren vereinfacht worden und die Zusammenarbeit unter den Beteiligten auf Augenhöhe ist verbessert worden. Nochmals der Antrag der KEVU: Genehmigen. Besten Dank.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Auch die SVP stimmt der Genehmigung des Objektkredits Ressourcenprojekt Ammoniak zu. Dass der Kredit nicht ganz ausgeschöpft wurde, zeigt einfach einmal mehr, dass man mit Geld allein nicht alle

Ziele erreicht. Es braucht eine Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und zwar auf Augenhöhe. Ein Beispiel: das Abdecken von Güllegruben wird schon länger gefordert, aber die Umsetzung glich – zumindest bis vor kurzem – einem Spiessrutenlauf. So war, neben dem Ausfüllen eines neunseitigen Formulars, das alleinige Tragen der Kosten für die Abdeckung, die schnell mal 40'000 Franken verschlingt, nicht gerade förderlich beim Umsetzungstempo. Die Baudirektion hat das nun erkannt und praxistauglicher gemacht.

Zu dem Punkt im Bericht, dass kein Landwirt für das Projekt «Einzelfeldmessungen» gefunden werden konnte: Es liegt nicht an der fehlenden Bereitschaft seitens der Landwirtschaft, sondern daran, dass die Ansprüche an das Feld zu hoch, sprich zu theoretisch waren. Die Berechnungen vom Schreibtisch aus konnten in der Praxis, sprich auf dem Feld, überhaupt nicht erfüllt werden. Es ist in der Tatsache so, dass die Landwirtschaft andauernd in verschiedensten Projekten, wie bei der N-Effizienz (*Stickstoff-Effizienz*), bei Pflanzenschutzoptimierung et cetera, aktiv involviert ist. Ich würde fast schon von «Projektitis» sprechen. Meistens müssen Betriebe eher zurückgestellt werden. Mein Fazit: Zusammen dranbleiben, so kommen wir weiter. Vielen Dank.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Mit dem Ressourcenprojekt Ammoniak wurde dem Begehren des Bundes, auch im Kanton Zürich die Gülle ökologischer auszubringen, entsprochen. Mit dem Rahmenkredit wollte man vor allem Bundesmanna abholen. Während der Kanton Thurgau mehr in Hardware investierte, also in den Kauf von entsprechenden Geräten, hat der Kanton Zürich mehr auf die Umsetzung bei der Landwirtschaft gesetzt. Das nennt man dann «das Problem verlagern». Persönlich denke ich, dass sich die Schleppschlauchtechnik im Flachland durchgesetzt hat. Wer will denn schon Nährstoffverluste im Ackerbau hinnehmen, wenn die Düngung eingeschränkt wird.

Das Problem liegt wohl eher im Grünland, also zum Beispiel dem Zürcher Oberland. Aber auch in Hochstammobstgärten gibt es Diskussionen, weil die Schleppschlauchtechnik zwischen den Bäumen offensichtlich nicht funktioniert. Weshalb aber die Folienabdeckung sich nicht einfach durchgesetzt hat, ist mir schleierhaft. Bei der letzten Debatte hier im Rat zum Thema «Ammoniak» haben die lieben Landwirte in diesem Saal getan, als ob es unglaublich schwierig sei, das Ressourcenprojekt umzusetzen, da zu wenig Maschinen und Lohnfahrer und zu komplex in der Sache. Nun gut, und jetzt liegen die Facts auf dem Tisch: Das Minimalziel von mindestens 17 Prozent wurde mit nur 7 Prozent Reduktion der Stickstoffe klar verfehlt, dafür der Objektkredit nicht ausgeschöpft. Wieso ist das so? Wieso kann man ein derart teures Projekt aufgleisen und ein Teil der Landwirtschaft ignoriert das einfach? Wieso kann man so umfassende und für die Biodiversität dringend notwendige Massnahmen dermassen zögerlich und widerwillig umsetzen? Die Landwirte beklagen sich ja dauernd darüber, dass man ständig an der Landwirtschaft herummotzt, aber gerade bei diesem ganz zentralen Thema verzieht sich der Zürcher Bauernverband (ZBV) lieber in den Schützengraben, statt konstruktive Vorschläge zu rascher Umsetzung einzubringen. Ich frage mich also, wieso die Zusammenarbeit nicht besser funktioniert. Der ZBV könnte zum

Beispiel den Landwirten und Landwirtinnen bei den Genehmigungsverfahren für die Abdeckung der Gülle-Silos helfen. Da scheint es offenbar eine Überforderung zu geben. ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Bei diesem Geschäft handelt es sich zwar nur um die Abrechnung eines Objektkredits, doch wie immer bei solchen Geschäften gibt es auch Gelegenheit, genauer hinzuschauen und die Projektergebnisse kritisch zu überprüfen. Die FDP hat dies natürlich getan.

Der bereits 2011 gesprochene Kredit Ressourcenprojekt Ammoniak wird leider nicht ganz ausgeschöpft, sondern unterschritten. Der Grund für die Unterschreitung – da gibt es etliche –, aber der hauptsächliche Grund ist, dass eben gewisse Massnahmen nicht so gegriffen haben, wie dies angedacht gewesen war. Und damit wurde auch das Ziel der Reduktion der Ammoniakemissionen verfehlt. Aus unserer Sicht, aus der Sicht der FDP ist dies grundsätzlich bedauerlich und die Resultate sind in der Tat ernüchternd. Ammoniakemissionen führen bekanntlich zu Überdüngung und Eutrophierung der Böden und bedrohen die Biodiversität unserer Umgebung. Für Mensch und Tier sind sie ein ernstes Problem. Das Ressourcenprojekt Ammoniak setzte genau da an. Verschiedene zielführende Massnahmen – es war angedacht, dass sie zielführend sind – wie Hofdünger-Management, der Einsatz von Schleppschläuchen, die Abdeckung der Jauchegrube sowie einzelbetriebliche Massnahmen wurden angegangen. Dass sie jetzt weniger gegriffen haben als erhofft, darf einerseits den zu hohen Erwartungen an das Schleppschlauchverfahren angelastet werden. Andererseits betrübt uns doch auch die Aussage, dass es offenbar bei der Massnahmenumsetzung und Wirkungskontrolle zu wenig kooperationsbereite Landwirtinnen und Landwirte gegeben habe, und dies trotz einer eigentlich intensivierten Kooperation mit dem Zürcher Bauernverband. Aus unserer Sicht müssen Verwaltung und Strickhof (*Kompetenzzentrum für Bildung und Dienstleistungen in Land- und Ernährungswissenschaft*) gemeinsam weiter aktiv sein. Der Massnahmenplan Ammoniak, der ja auf 2023 angekündigt ist, muss auf effizientere, weniger komplexe Verfahren beim Abdecken der Güllegruben und gegebenenfalls auch speziell zugeschnittene Subventionen ausgerichtet sein. Nur so können wir die bestehenden Zielkonflikte zwischen Tierwohl, finanzieller Belastung für die Landwirtschaft und Umweltschutz in den Griff bekommen. Wir erwarten, dass ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Felix Hoesch (SP, Zürich): Auch wir sind enttäuscht, dass nur 7 Prozent Reduktion erreicht werden konnte mit diesem Massnahmenpaket und keine 17 Prozent, wie geplant worden war. Aber dennoch werden wir natürlich diesen Kredit heute abschliessen und nicht weiter daran herummonieren. Aber ich möchte daran erinnern, dass wir als SP damals vor zehn Jahren diesen Kredit nur teilweise unterstützt haben, ein Grossteil der Fraktion ihn nicht unterstützt hat, unter anderem, weil wir damals die Schweinemast durchaus auch noch einbeziehen wollten in diese Geschichte. Das ist leider nicht passiert. Aber auch wir, wie Frau Franzen gerade gesagt hat, fordern die Baudirektion und den Strickhof auf, hier weiter

aktiv zu sein. Vielleicht ist die Schweinemast auch noch ein Thema, die Schleppschläuche und die Abdeckungen werden das ganz sicher weiterhin sein. Also geben Sie weiter Geld aus, unterstützen Sie die Bäuerinnen und Bauern, und dann kommen wir irgendwann doch auf einen tieferen Wert bei den Ammoniakemissionen. Herzlichen Dank.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Ammoniakemissionen sind ein grosses Umweltproblem, sie schädigen unter anderem die Wälder. Die Folge davon ist, dass die Wälder oder die Bäume die Spaltöffnungen nicht mehr schliessen können und empfindlicher werden auf Trockenheit. Sie sterben. Wir konnten das 2018 beispielsweise bei den Buchen beobachten. Die Massnahmen, die vom Kanton mit diesem Rahmenkredit vorgeschlagen wurden, waren bezüglich des Ziels ungenügend und nicht einmal dieses wurde erreicht. Insbesondere bei den einzelbetrieblichen Massnahmen fehlte es: 24 bis 30 grosse Betriebe wären gesucht gewesen, nur sieben waren bereit; dies trotz finanzieller Unterstützung und der ständig wiederholten Aussage, dass die Erhaltung der Umwelt den Bauern am Herzen liegt.

Wir genehmigen die Abrechnungen, hoffen auf eine wirksamere Neuauflage und hoffen vor allem auch, dass mehr Landwirte den Worten auch Taten folgen lassen.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Es ist schade, dass der Objektkredit nicht voll ausgeschöpft wurde. Das Geld liegt da, nun soll es auch für den vorgesehenen Zweck verwendet werden. Es wurde jedoch nachvollziehbar begründet, warum gut 1,8 Millionen Franken zurückgeblieben sind, unter anderem – wir haben es bereits gehört – weil die Verwendung von Schleppschläuchen nicht genügend Wirkung gebracht hat. Somit konnte auch das Ziel, die Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft mit Tierhaltung um 17 Prozent zu senken, leider nicht erreicht werden. Wir erwarten, dass durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Verwaltung der restliche Kredit für die Verminderung der Ammoniakemissionen nun zügig verwendet werden kann. Die Mitte-Fraktion genehmigt die Abrechnung dieses Objektkredits.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Dass Diskussionen zum Ammoniak in diesem Rat regelmässig zu etwas dickerer Luft führen, liegt inzwischen in der Natur der Sache. Tatsächlich gibt es bei der vorliegenden Kreditabrechnung Punkte, die einem stinken können. Die Nichtausschöpfung von rund 1,8 Millionen Franken wurde zwar nachvollziehbar begründet, gespart haben wir aber deswegen nicht wirklich. Denn mit der Ammoniaksenkung von nur 7 Prozent statt der angestrebten 17 Prozent haben wir eine Chance zur Verbesserung der Emissionen verpasst. Die Gründe sind zu einem Teil nachvollziehbar. Trotzdem gibt es noch erhebliches Potenzial zu einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Landwirtschaft. Hier sind einerseits die Umweltverbände gefordert, auf unrealistische Forderungen zu verzichten, und andererseits wünsche ich der Bauernseite mehr Gelassenheit, um nicht gleich in Schnappatmung zu verfallen, wenn sie kritisiert wird.

Aber es muss einfach auch wieder mal festgehalten werden, dass von Verwaltungsseite mehr dafür getan werden muss, dass Baugesuche zur Erfüllung von Auflagen einfach und speditiv abgewickelt werden können. Es darf nicht sein, dass es den Bäuerinnen und Bauern den Deckel lupft, wenn sie eine Bewilligung für Güllenlöcherabdeckungen benötigen. Die EVP wird der Abrechnung zum Objektkredit zustimmen.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) spricht zum zweiten Mal: Wenn ich schon schimpfe, dann mache ich lieber auch gleich fertig: Diese Kritik geht ja für einmal nicht an die Landwirte direkt, sondern wirklich an den ZBV. Denn ich denke, es macht wenig Sinn, einen offenen Protestbrief an den Bundesrat Guy Parmelin bezüglich der Biodiversitätsflächen zu schreiben, aber dann nicht mitarbeiten zu wollen. Ständig laut nach mehr Subventionen zu schreien und keine Gegenleistung zu erbringen, geht auf die Dauer einfach nicht. Wir erwarten eine deutlich verbesserte Stickstoffreduktion und eine konstruktive Zusammenarbeit seitens des ZBV und der Verwaltung. Wir stimmen der Abrechnung zu.

Und noch ein kleiner Nachtrag: Sollte meine Kritik jetzt dem ZBV den Hut lupfen, darf er gern zum zweiten Mal den Rostigen Nagel frei Haus liefern. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Es spricht noch der Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*), wenn er will. Er will nicht.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. und II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.